

Für eine neue Dynamik der deutsch-französischen Beziehungen

Grenzen sind keine „natürlichen“ Gegebenheiten. Grenzen sind das Resultat historischer Prozesse. Die heutige Vorstellung der Grenze als Demarkationslinie ist relativ jung. Der Staat war im Mittelalter, wie der französische Historiker Lucien Febvre unterstrich, eine Addition von mehr oder weniger zahlreichen Grundherrschaften. Diese Grundherrschaften waren nicht in erster Linie Territorien, sondern Rechtsgebilde. Dasselbe Territorium besaß oft mehrere Souveräne. Die Französische Revolution machte jedoch aus einer Ansammlung von Mitgliedern eingeschränkter Gemeinschaften die Körperschaft der Bürger eines Staates. An Stelle der inneren ständischen Grenzen trat die äußere Grenze des Territorialstaates.

So war auch hier in unserer Gegend der Rhein seit dem Mittelalter keine Grenze. Die Beziehungen verliefen horizontal. Auch die sprachlichen Formen des Alemannischen belegen diese Verbindungen. Seit dem 19. Jahrhundert ist der Nationalstaat indes zur dominanten politischen Form geworden; durch den Nationalstaat wurde die Adelsnation zur Bürgernation, die dem Einzelnen die gleiche Partizipation am politischen Geschehen ermöglichte. Der Nationalstaat, der zum Territorialstaat wurde, grenzte sich aber nach außen scharf ab. So bildete sich gerade im Kontext der Französischen Revolution die Ideologie der „natürlichen Grenzen“ aus, auf die die Nation einen Anspruch habe. In diesem Kontext wurde der Rhein zur Grenze. So bekam auch die Idee der deutschen Einheit in der Frontstellung gegen einen äußeren Feind ihre besondere Evidenz. Stilbildend wirkte das Bild des Düsseldorfer Malers Lorenz Clasen „Germania an der Wacht am Rhein“ von 1860. Diese Germania hat ihr Schwert gezückt;

die Inschrift auf dem Schild mit dem Doppeladler formuliert ein klares politisches Programm: „Das deutsche Schwert beschützt den deutschen Rhein“. Die junge blonde Frau im Kettenhemd richtet ihren grimmigen Blick auf Frankreich. Das aggressive Nationsverständnis artikuliert sich in fataler Weise in drei Kriegen, von denen der letzte so furchtbar war, daß sich die Idee eines totalen Neuanfangs aufdrängte. Deutschland und Frankreich sind zum Kern und zum Motor der europäischen Einigung geworden, deren politisches Hauptziel von allem Anfang an der Friede zwischen den europäischen Nachbarn war.

Heute sind die Grenzen auch hier am Oberrhein keine Grenzen mehr. Die Zollschranken sind gefallen. Man kann frei die Rheinbrücken überschreiten und trotzdem sind die Nachbarn hier nicht wie in einem regionalen Inland vereint. Nach einer im Mai 1999 veröffentlichten Umfrage in den *Dernières Nouvelles d'Alsace* veröffentlichten Umfrage überqueren über die Hälfte der Antwortenden (50% aus dem Unterelsaß, 55% aus Baden) nie oder ganz selten (höchstens ein bis zweimal im Jahr) den Rhein. Obwohl es nun keine administrative Hindernisse gibt, existiert weiter eine Grenze in den Köpfen. Die Menschen definieren sich immer noch in erster Linie über ihre nationalstaatliche Zugehörigkeit. Das erklärt auch das erregte Klima der Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland, das einem Ausländer seltsam anmuten mußte. Darum bleibt nach wie vor die nationalstaatliche Großwetterlage von nicht zu unterschätzendem Einfluß auf die Beziehungen in der Grenzregion. Vom aktuellen Stand dieser Beziehungen soll darum in den Folgenden die Rede sein.

POLITISCHE ABKÜHLUNG

In letzter Zeit häuften sich die Klagen über eine Abkühlung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. So stellte Helmut Schmidt in einem Artikel der *Zeit* im August 1999 fest, Paris und Bonn seien seit 1989 „langsam auseinander gedriftet“. Wolf Lepenies sprach seinerseits von der „verblissenden deutsch-französischen Freundschaft“ und Jacqueline Hénard, ebenfalls in der *Zeit*, von „schlechten Aussichten“: „Das deutsch-französische Verhältnis kühlt sich ab. Erleben wir das Ende einer einzigartigen Freundschaft?“ Die deutsch-französische Versöhnung als Versöhnung zweier ehemaliger „Erbfeinde“ galt Generationen nach dem Krieg als eine Art „Wunder“. Am Ende der neunziger Jahre schien sowohl auf der Alltagsebene wie im politischen Bereich eine Ernüchterung, eine Banalisierung eingetreten zu sein. Die deutsch-französischen Beziehungen, so schrieb Wolf Lepenies, „drohen zum Opfer ihres eigenen Erfolges zu werden. Auf der einen Seite wird die Aussöhnung beider Länder von den jüngeren Generationen längst als eine Selbstverständlichkeit angesehen und entfaltet aus sich heraus fast keine motivierende Kraft mehr. Der besondere Charme des deutsch-französischen Bilateralismus ist im Alltag der Routine ergraut. Seine Überorganisation hat zu einer Ideenflucht geführt.“

Daniel Vernet, der für den Auslands-Bereich von *Le Monde* zuständig ist, führte die andauernde Phase der „Ungewißheit in den deutsch-französischen Beziehungen“ auf die Tatsache zurück, daß in Politik und Verwaltung eine neue Generation ins Amt gekommen sei, die wohl Fachleute für europäische Angelegenheiten seien, jedoch ohne wirkliches Interesse für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Seit dem Gipfel von Amsterdam von 1997 schien die Zusammenarbeit blockiert zu sein. Mit der gemeinsamen Währung hatten offenbar die europäischen Ambitionen Deutschlands einen Zielpunkt erreicht; Helmut Kohl verweigerte sich einer Reform der Institutionen der EU. Der neue deutsche Kanzler Gerhard Schröder schien zunächst mehr vom England Tony Blairs angezogen zu sein. Nach seinem Regierungsantritt kam es in vielen Bereichen – so bei der Frage des Atomausstiegs, der Agrarpolitik, der

Neuordnung der EU-Finzen – zu Friktionen mit Frankreich; mit der Publikation des Schröder-Blair-Papiers fand die Entfremdung ihren Höhepunkt. *Le Monde* sprach von „eisigen Beziehungen“. Einen Umschwung brachte dann Joschka Fischers Rede in der Berliner Humboldt-Universität, der Pflanzstätte des deutschen Idealismus, am 12. Mai 2000. Die Rede belegte, daß Deutschland wieder zu einer voluntaristischen Europapolitik zurückzukehren gedachte. Zudem schien hier die Alternative zwischen Vertiefung und Erweiterung der europäischen Union überwunden, die bisher den europapolitischen Dialog zwischen Frankreich und Deutschland blockiert hatte.

Nach einer zunächst freundlichen Aufnahme von Fischers europapolitischer Skizze mehrten sich auch skeptische Stimmen. Französische Seite wurde die Europa-Vision wohl begrüßt, aber auch darauf hingewiesen, jetzt sei harte Kärnerarbeit gefragt, sprich konkrete institutionelle Reformen im Hinblick auf die Aufnahme neuer Mitglieder. Der französische Außenminister Hubert Védrine bemerkte sogar im November 2000 in einem Interview scharf, die Völker Europas hätten in den vergangenen Jahrhunderten schon zur Genüge unter „Flötenspielern“ gelitten, die sie bisweilen grausamen Enttäuschungen entgegengeführt hätten. Für Verstimmung sorgte im Vorfeld des Gipfels von Nizza vor allem das Beharren Berlins auf neue Stimmengewichtung. Deutschland pochte in der Tat auf eine Berücksichtigung der demographischen Realität; unter Hinweis darauf, daß die Bevölkerungszahl Deutschlands diejenige Frankreichs nun um 20 Millionen übertrage, verlangte Berlin eine größere Stimmenzahl für sich im EU-Ministerrat. Diese Forderung nach „décrochage“, einer Abkoppelung des deutschen vom französischen Stimmenkontingents, das für die vier „Großen“ – Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien – gleich groß war (je 10 Stimmen), wurde im Prinzip von Frankreich nicht abgelehnt, weil man nicht an die Ernsthaftigkeit eines solchen Vorstoßes glaubte. Der rein arithmetisch einsehbare Vorschlag war politisch unklug. Hubert Védrine wies zu Recht darauf hin, daß es schon bei den Römer Verträgen ein demographisches Ungleichgewicht zwischen den beiden Ländern gab. Die Bevölkerungszahl sei ein gewichtiges

Kriterium, aber nicht das einzige; daneben zählen auch politische Gesichtspunkte. Französischerseits wies man darauf hin, daß Jean Monnet schon 1951 mit Adenauer das Prinzip der Parität der beiden Nationen innerhalb der Montan-Union vereinbart hätte. Auf der Basis dieser Parität konnten in der Tat Deutschland und Frankreich die Rolle eines gemeinsamen Motors für die Europäische Union spielen. Sylvie Goulard und Ulrike Guénet, eine deutsche und eine französische Politikwissenschaftlerin, setzten sich darum im *Figaro* (1. Dezember 2000) gemeinsam für eine Beibehaltung dieses *politischen* Prinzips ein: „La communauté économique européenne a été créée pour remplacer les rapports de force et de puissance qui ont mené l'Europe à sa perte pour des rapports de droit... Cette forme élaborée de rapports entre États a fait ses preuves. Pourquoi ne pourrions-nous pas décider de perpétuer cette égalité en pratiquant, comme on peut dire si bien en allemand, la *Selbstbeschränkung*?“

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

Nachdem Europa während Jahrhunderten durch die Konflikte zwischen den Nationalstaaten geprägt war, die im Zweiten Weltkrieg ihre fatalste Form fanden, konnte eine vernünftige Antwort nur in der Einigung der Völker bestehen. Schon der Montan-Vertrag war als erster Grundstein für eine erweiterte und vertiefte Gemeinschaft gedacht. Für das Europa nach dem Zweiten Weltkrieg war es zweifellos richtig und pragmatisch einfach, den Prozeß der Einigung über das Instrument der *Wirtschaft* in Gang zu setzen. Homogenisierung und Austausch sind hier evidente Prinzipien. So scheinen auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland problemlos zu sein. Beide Länder sind sich gegenseitig die wichtigsten Handelspartner. Allerdings könnte man einwenden, dies sei bei der Größe der beiden National-Ökonomien eigentlich selbstverständlich. Doch sind auch hier die Verhältnisse etwas anders geworden. Deutsche Firmen suchen sich nicht spontan ihre Partner in Frankreich. Im Bereich der Telekommunikation, der Automobilindustrie oder der Börse gibt es dafür in letzter Zeit zahlreiche gegenteilige

Beispiele. Von den deutsch-französischen Firmen-Fusionen haben bloß etwa die Hälfte Bestand. Ein vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes *Prognos*-Gutachten stellte Ende der achtziger Jahre fest, daß die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Unternehmen kaum je an der fehlenden technischen Kompetenz scheiterte; es sei eher der Mangel an breiten Kenntnissen der Kultur und Zivilisation des Nachbarlandes, der verhindere, daß wirklich erfolgreiche Beziehungen aufgebaut werden können. Aus diesem Grunde haben wir 1989 an der Freiburger Universität das erste Frankreich-Zentrum an einer deutschen Hochschule gegründet. In dem Aufbaustudiengang „Interdisziplinäre Frankreichstudien“ versuchen wir Absolventen, die aus verschiedenen Fächern kommen, eine möglichst breite Frankreich-Kompetenz zu vermitteln. Daß diese Kompetenz sehr gefragt ist, wird durch die Tatsache belegt, daß über 80 Prozent der Absolventen nach ihrem Abschluß eine qualifizierte Stelle auf dem Arbeitsmarkt, gerade auch im deutsch-französischen Bereich, finden.

KULTURELLE ENTFREMDUNG

Damit wird die eminente Bedeutung der Kultur als eigentliche Basis der Beziehungen zwischen den Völkern offensichtlich. Der kulturelle Austausch artikuliert sich im Medium der Sprache. Die Sprache eröffnet einen zentralen Zugang zur Kultur des Nachbarlandes. Hier ist nun trotz großer Anstrengung die Bilanz für Frankreich wie für Deutschland weitgehend negativ.

In Frankreich wählen fast neunzig Prozent derer, die eine Sprache lernen, Englisch als erste Fremdsprache. Deutsch hat im vergangenen Jahrzehnt zunehmend seine Position als zweite Fremdsprache eingebüßt. Während das Spanische von vierzig auf sechzig Prozent stieg, ist das Deutsche auf einen Level von sechzehn Prozent gesunken. Man vergißt jedoch, daß in der Europäischen Union keine Sprache von so vielen gesprochen wird, wie das Deutsche: für ein Viertel der EU-Bürger ist Deutsch die Muttersprache. Während die Eltern der heutigen Schülergeneration in Frankreich selbstverständlich Deutsch gelernt hatten, hat Deutschland für die jetzigen

Schüler nicht mehr denselben Reiz. Da wollen sie nicht unbedingt hin. Deutschland gilt als langweilig.

Die Situation in Deutschland ist keineswegs besser. Während in Frankreich noch zehn Prozent Deutsch als erste Fremdsprache wählen, so sind es in Deutschland bloß mehr drei Prozent, die Französisch als erste Fremdsprache lernen. Im vereinten Deutschland ist die Zahl der Schüler, die Französisch lernen, um ein Drittel zurückgegangen. An den Universitäten hat sich der Prozentsatz der Studenten, die Französisch wählen, von 1980 bis 1992 um die Hälfte reduziert. Gemäß der schon zitierten Umfrage am Oberrhein von 1999 ist bei denjenigen, die kaum oder gar nicht ins Nachbarland gehen, die Sprachbarriere ein Hauptgrund. Nach dieser Umfrage wird entgegen einer weitverbreiteten Annahme der Euro die grenzüberschreitende Mobilität nicht wesentlich fördern.

Die Bilanz ist beiderseits des Rheins ebenso negativ. Man darf aber den Stand der Beziehungen zwischen den beiden Völkern nicht bloß am Kriterium der Sprachkompetenz messen, obwohl die Sprachwahl zunächst ein Indikator des Interesses an der Nachbarkultur darstellt. Wenn sich die gute Kenntnis des Englischen universalisiert, ist das zunächst nichts Negatives. Besser eine Kommunikation in Englisch als keine Kommunikation. Die Beherrschung einer Fremdsprache, die es erlaubt, auch komplexe Texte zu verstehen und zu produzieren, bleibt immer die Angelegenheit einer kleinen Elite. Man darf aber als Ziel des Fremdsprachenunterrichts nicht diesen Maximal-Standard im Auge haben. Es gilt auch neue Methoden des schnellen Fremdsprachenerwerbs in der Erwachsenenbildung zu entwickeln. Schließlich würde ich auch hier für eine „helvetische“ Lösung plädieren. Man sollte mindestens über eine möglichst gute passive Kenntnis der Sprache des Partnerlandes verfügen. Dies erlaubte jedem, in seiner Muttersprache zu sprechen und sich so auch möglichst komplex auszudrücken, in der Gewißheit, vom anderen verstanden zu werden.

Der intellektuelle Austausch ist nicht nur über die Kenntnisse von Werken in der Originalsprache möglich. Eine wichtige Rolle spielen auch die Übersetzungen. Doch auch hier sind die Entwicklungen keineswegs positiv. Seit

1991 ist die Anzahl der Übersetzungen aus dem Englischen in Deutsche ständig gestiegen, während die Übersetzungen aus dem Französischen permanent abnehmen. 1991 stammten noch 12,4 Prozent der Übersetzungen aus dem Französischen, 1996 waren es bloß mehr 9,1 Prozent. Die Übersetzungen aus dem Englischen stiegen im selben Zeitraum von 65,9 Prozent auf 74,4 Prozent. Im Bereich der Belletristik sank die Anzahl der Übersetzungen aus dem Französischen zwischen 1991 und 1996 von 10,9 Prozent auf 7,2 Prozent. 1959 hatten die Übersetzungen aus dem Französischen noch stolze 22 Prozent ausgemacht. Innerhalb von gut dreißig Jahren ging so der Prozentsatz der Übersetzungen aus dem Französischen um zwei Drittel zurück!

Ähnliches gilt für den Verkauf von Lizenzen. 1991 nahm Frankreich beim Kauf von Lizenzen für Übersetzungen aus dem Deutschen den zweiten Rang ein, 1995 bloß mehr den sechsten nach Polen, Spanien, Italien, Tschechien und Südkorea! Die 1996 an Frankreich verkauften Lizenzen machten bloß mehr 6,4 Prozent aus (288 Titel). Viele Titel werden überdies erst mit großer Verspätung übersetzt. So erschien das berühmte Buch von Erich Auerbach *Mimesis* zweiundzwanzig Jahre nach der deutschen Ausgabe auf französisch. Das Buch von Tröltzsch über den Historismus mußte 64 Jahre auf die französische Übersetzung warten und die *Wirtschaftsgeschichte* von Max Weber 65 Jahre! So konnte ein Dialog bloß mehr zwischen den Söhnen und Enkeln der Autoren stattfinden. Von dem wohl berühmtesten deutschen Soziologen Luhmann sind in Frankreich nur zwei Bücher übersetzt. Ähnliches gilt für den deutschen Philosophen Blumenberg. Wir sind weit von der Epoche des 19. Jahrhunderts entfernt, als in der ersten Hälfte Frankreich die wichtigste kulturelle Referenz für Deutschland darstellte und in der zweiten Hälfte Deutschland für Frankreich. So berichtete etwa Etienne François, daß 1892 die Hälfte der Buchbestellungen der Ecole Normale Supérieure Bestellungen deutscher Bücher waren. Wie viele sind es heute noch?

Heute hat das Interesse für die Kultur des Nachbarlandes stark abgenommen. Wenn man etwa Thomas Manns *Betrachtungen eines Unpolitischen* liest, merkt man, daß er, obwohl

er Frankreich keineswegs freundlich gegenüberstand, mit den intellektuellen Debatten im Nachbarland bestens vertraut war. Das läßt sich für die heutigen Intellektuellen in Deutschland kaum mehr behaupten. Deutschland übt in Frankreich eine größere Faszination aus, die aber eher einem Mythos gilt und nicht so sehr auf genauer Kenntnis des heutigen kulturellen Lebens beruht.

Hinzuzufügen ist allerdings, daß die Defizite nicht in allen Bereichen identisch sind. Gerade im Bereich der Geschichtswissenschaft zeichnet sich ein reger intellektueller Austausch ab. Wichtige Werke aus dem Nachbarland werden zur Kenntnis genommen und oft auch übersetzt. Ähnliches gilt für die Kunst.

Hingegen fällt die stockende Aufnahme des zeitgenössischen französischen Denkens in Deutschland auf. Bernhard Waldenfels sprach unlängst davon, daß „der Import neueren französischen Gedankenguts vielfach immer noch auf eine Masse aus Unkenntnis, Unverständnis und gleichzeitig Ablehnung stößt. Ignoranz und Arroganz wohnen mitunter eng beieinander.“ Während man zur Zeit Kants in Deutschland für französisches Denken durchaus offen war, flachte sich dieses Interesse zunehmend ab. Bergson wurde nicht mehr intensiv rezipiert und Sartre vor allem als Schriftsteller. In Frankreich hingegen stießen nicht bloß Kant und der deutsche Idealismus auf lebhaftes Interesse. Auch Schelling und davor vor allem Husserl, Heidegger, Hegel, Marx und Freud wurden massiv rezipiert.

EIN NEUES PROJEKT, EINE NEUE DYNAMIK

Die politische und kulturelle Abkühlung zwischen Deutschland und Frankreich ist ein Faktum. Muß man sich damit abfinden? Ist damit nicht schlicht das Stadium der Normalität erreicht?

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war der exklusive Bilateralismus zweifellos eine Notwendigkeit, damit die beiden Nationen miteinander ins Reine kommen konnten. Heute sind aber die bilateralen Postulate der Versöhnung längst eingelöst. Ich denke, man sollte sich darum auch von der Metapher des „deutsch-französischen Paares“ lösen, die zu

einem Stereotyp geworden ist, das allzu vordergründigen metaphorischen Ausweitungen über „Ehebruch“, „Trennung“ und „Scheidung“ zwischen den beiden Partnern Vorschub leistet. Die Metapher verführt auch zu Dramatisierungen, weil nicht zwischen der Natur der Beziehungen von Individuen und denjenigen von Nationen unterschieden wird, die ihrerseits langfristig angelegt sind. Im übrigen war auch im kulturellen Bereich der deutsch-französische Austausch nie exklusiv bilateral. Michael Werner wies zu Recht darauf hin, daß auch andere Partner innerhalb dieser Beziehung eine wichtige Mittlerrolle spielten: Schweizer und Belgier als unmittelbare Nachbarn, aber auch Juden aus Mitteleuropa, Italiener, Ungarn und Polen.

Alfred Grosser faßte unlängst das deutsch-französische Verhältnis im Bild „einer Ehe, in der es seit einiger Zeit keine Kinder mehr gegeben hat“, um dann maliziös hinzuzufügen: „Es ist in diesem Sinne eine deutsche Ehe.“ In der Tat läßt sich die Entfremdung nur überwinden, mit einem Projekt, das über den reinen Bilateralismus hinausführt. Ein solches Projekt kann ein Europa der Bürger sein. Bisher wurde Europa zu sehr als Bürokratie oder als reine Institution wahrgenommen. Gerade in Deutschland hat Europa gegenwärtig keine große Konjunktur. Hier sucht man der provinziellen Enge zu entgehen durch die Flucht ins „Globale“. Den Franzosen erscheint hingegen Europa als eine Größe, die das Regionale transzendiert, ohne deswegen in einer globalen Beliebigkeit aufzugehen. Für die Franzosen ist Europa Lebensart und Lebenswelt. „Nicht nur als attraktiver Wirtschaftsstandort“, so meinte Rudolf von Thadden, „nicht nur als militärischer Sicherheitsraum, sondern als Kontinent mit eigenem kulturellen Profil ist Europa für die Franzosen eine Jahrhundertaufgabe, die sie in ihrer großen Mehrheit mit uns Deutschen gemeinsam anpacken wollen.“ Gerade weil hier die Ausgangs- und Zielvorstellungen differieren, ist ein Dialog über dieses Projekt unabdingbar. Daniel Vernet hat den Unterschied der beiden Europa-Vorstellungen klar umrissen: „Die Deutschen sind seit 50 Jahren Europäer, um einer vom Nationalsozialismus besudelten nationalen Wirklichkeit zu entfliehen. Die Franzosen hingegen sind Europäer einer Ambition zuliebe, die im engen Rahmen der Nation unrealistisch geworden ist.“

Ohne Verankerung im Bewußtsein der Bürger wird aber das Projekt Europa mit starkem politischem und kulturellem Profil nicht über eine dauernde Tragfähigkeit verfügen. Die institutionellen Reformen werden die gegenwärtige europäische Sinnkrise kaum überwinden können. So schrieb Johannes Willms im vergangenen Mai: Die heilende Wirkung der Reformen „wird sich nur dadurch verstärken lassen, daß man der europäischen Integration ein Ziel zuweist und einen Sinn einstiftet, mit denen sich die EU-Bürger nicht nur identifizieren, sondern für die sie sich auch wieder begeistern könnten.“ Dieser europäische Einigungsprozeß muß sich auf einen Gemeinschaftsglauben stützen; er braucht eine Öffentlichkeit, die diese Vorstellungen verbreitet, und schließlich spezifische Formen der Machtverteilung zwischen den Einzelstaaten und der Föderation.

Es gilt so zunächst zu fragen, welche Inhalte geeignet sind, ein *übernationales Bewußtsein* zu schaffen. Durchaus europäisch gesinnten Beobachtern ist aufgefallen, daß – wie etwa Herbert Lüthy unterstrich – „dieses administrative Generalunternehmen Europa intellektuell, kulturell und moralisch rätselhaft steril geblieben“ ist und „jenseits des Ökonomischen keine neuen Dimensionen hervorgebracht“ hat. Der Historiker Christian Meier meinte seinerseits, das heutige Europa habe kein positives Selbstverständnis ausdifferenziert, sondern allenfalls ein negatives: Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz! Und nie wieder Gulag! Müßte man nicht auf die Initialzündung des europäischen Sonderwegs in der athenischen Polis zurückkommen, wo die Idee der demokratischen Politik als Partizipation der Bürger und Ausgleich ihrer Interessen ohne übergeordnetes monarchisches Regime ihren Ausgang nahm? Zurückzukommen wäre so auch auf die historischen Versuche zur Stiftung eines Gemeinschaftsglaubens, die auf Karl den Großen oder die europäischen Werte des Humanismus verweisen. Man muß sich hier auch bewußt machen, daß Europa nicht erst das Ergebnis des heutigen Einigungsprozesses ist, sondern zur Zeit des Humanismus bereits existierte und daß die nationalstaatliche Ausdifferenzierung das Produkt einer späteren historischen Entwicklung ist.

Das wird einem gerade hier am Oberrhein bewußt. Die Region wurde schon früh als Einheit erlebt. Analoge wirtschaftliche und soziale Interessen, ähnliche Lebensformen, verwandte künstlerische Ausdrucksweisen stärkten den Zusammenhalt der Menschen dieser Gegend. Seit dem Mittelalter war der Oberrhein ein geschlossener Kulturraum, dessen schönstes Zeugnis die Münster von Basel, Freiburg und Straßburg sind. An der intellektuellen Blüte zur Zeit des Humanismus, der durch den hier erfundenen Buchdruck gefördert wurde und deren beredter Ausdruck die im 15. Jahrhundert gegründeten Universitäten Basel und Freiburg waren, kann ein europäischer Gemeinschaftsglaube anknüpfen.

Man wird sich darüber verständigen müssen, inwiefern die grundlegenden europäischen Werte – Freiheit, soziale Verantwortung und Rationalität – unseren Kontinent positiv abgrenzen gegenüber Asien und den USA. Es gilt zu berücksichtigen, daß die europäische Kultur eine Kultur der Vielfalt ist, die sich dem Prinzip der ökonomischen Homogenisierung entzieht und so nur auf der Grundlage der Prinzipien des Austauschs, des Dialogs sowie der Toleranz existieren kann.

Der europäische Einigungsprozeß muß sich nicht nur auf einen Gemeinschaftsglauben stützen; er braucht auch eine *Öffentlichkeit*, die diese Vorstellungen verbreitet und der bestehenden Ordnung Legitimität zuschreibt oder verweigert. Zweifellos schreitet der europäische Integrationsprozeß sowohl quantitativ wie qualitativ kontinuierlich voran. Die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit scheint jedoch dem Aufbau supranationaler Strukturen hinterherzuhinken. Auch darum die vielgehörte Klage über das Demokratie-Defizit in der EU. In der Tat bauen die Medien die regionale Berichterstattung aus und ziehen sich oft aus der internationalen Berichterstattung zurück. Es fehlt ein mächtiges europäisches Parlament, nicht nur als Kontrollorgan gegenüber der Exekutive, sondern auch als medienattraktive Arena und man vermißt eine vertiefte Diskussion über die Zielsetzung des Integrationsprozesses. So mag man bezweifeln, ob in Europa ein Gemeinschaftsgefühl entstehen könne, das dem nationalen vergleichbar sei, da große Bevölkerungsteile keine der europäischen Integrationspra-

chen beherrschten und so in ihren Partizipationsmöglichkeiten eingeschränkt sind.

Wir brauchen indes keine homogene europäische Öffentlichkeit und keine europäische Einheitssprache, wohl aber eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten. Die Vielsprachigkeit ist in Europa, das sich, wie gesagt, durch kulturelle Vielfalt auszeichnet, kein Problem. Was aber unabdingbar ist, ist die Beherrschung einer Zweitsprache.

Der Integrationsprozeß muß schließlich neben dem Gemeinschaftsglauben, der Ausbildung einer Öffentlichkeit auch *Formen der Machtverteilung* zwischen den Einzelstaaten und der Föderation entwickeln. Der Vertrag von Maastricht hat das Subsidiaritätsprinzip als für die Europäische Union maßgeblich verankert. Die größere Einheit soll nur jene Aufgaben übernehmen, die die kleinere nicht selbst bewältigen kann. Wichtige Fragen wie die der Umwelt-, Migrations- oder Sicherheitspolitik können jedoch nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene, sondern müssen in zwischenstaatlicher Zusammenarbeit gelöst werden. Gerade in diesen Bereichen ist ein Gespräch zwischen Deutschland und Frankreich unabdingbar. Im Bereich des Staatsbürgerrechts und der Städtepolitik wurden unterschiedliche Wege eingeschlagen. Welche Lösungen des Nachbarlandes könnten auch für das eigene Land wegweisend sein? Inwieweit könnte die lange Erfahrung Frankreichs mit mediterranen Ländern islamischer Kultur auch für andere Länder fruchtbar gemacht werden? Könnte nicht auch Frankreich angesichts der in den Staaten des europäischen Südens zunehmendem Mißtrauen betrachtete Prozeß der Osterweiterung der EU zum Mittler zwischen Süden und Norden werden?

Man wird sich hier bewußt, daß ein künftiges Europa weder ein „Europa der Chefs“ ohne Öffentlichkeit sein kann, noch ein Europa der Regionen, das ein nicht ungefährliches Ethnisierungspotential in sich bergen würde, sondern ein „Europa der vernetzten Vaterländer“, das sich durch eine klare Kompetenzverteilung zwischen den Nationalstaaten und dem supranationalen Verband auszeichnet. Die Idee einer Föderation der Nationalstaaten wie sie Delors und Außenminister Fischer formuliert haben, scheint diesseits und jenseits des Rheins auf große Resonanz zu stoßen. Der Begriff des Föderalismus verweist in beiden Staaten jedoch auf ganz unterschiedliche historische Verlaufslinien. Da mit dem künftigen Europa etwas völlig Neues entsteht, das ohne Vorbild ist – weder ein bloßer Staatenbund noch ein Bundesstaat, sondern ein Verbund von Nationalstaaten, die freiwillig einen Teil ihrer Souveränität abgeben –, ist unsere Kreativität gefragt. Dieser Prozeß kann nicht bloß in politischen Zirkeln durchgesetzt werden, er bedarf einer breiten Debatte in der Öffentlichkeit, damit dieser einmalige Vorgang auch trägt. Ein auf dem Bürgerwillen fußendes Projekt Europa mit ausgeprägtem politischen und kulturellen Profil kann, so ist zu hoffen, eine Dynamik auslösen, die über die Aporien eines engen Bilateralismus hinausführt.

Anschrift des Autors:
Prof. Dr. Joseph Jurt
Frankreich-Zentrum der
Universität Freiburg
Gastprofessor an der Sorbonne Nouvelle
(Paris III)